

11. DEZ



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31 - 33
Fernschreiber 0 386 890

P/XIV/284 - 11. Dezember 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	An den Rüstungsausgaben verbluten die Völker Notwendige Bemerkungen zur Haushaltsdebatte Von Heinrich G. Ritzel, MdB	69
3	Furcht und Mißtrauen beseitigen I Zu Eisenhowers Rede vor dem indischen Parlament	54
4 - 6	Das Recht auf gesundes Leben Schattenseiten des technischen Fortschritts Von Dr. Elinor Hubert, MdB	120
7	Rosinenkrieg an der Zonengrenze ? Lemmer-Ministerium "nicht unterrichtet"	30

* * * * *
* * *

An den Rüstungsausgaben verbluten die Völker

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Die Beratung des Bundeshaushalts 1960 gab dem Bundesfinanzminister Gelegenheit, den Regierungsentwurf mit einer Endsumme von rund 42 Milliarden DM vor dem Deutschen Bundestag zu begründen. Der Haushalt sieht unterschiedliche Leistungen vor, die in den Augen der Öffentlichkeit eine sehr unterschiedliche Bewertung erfahren werden. Die Bundesregierung hat sich bemüht, mit Mitteln, die nicht gerade alltäglich sind, einen Ausgleich des Entwurfs herbeizuführen.

So hat sie trotz der Warnungen der Sozialdemokratie vor einem Jahr den Haushalt der Mittel beraubt, die erforderlich gewesen wären, um schon wesentlich früher sozialpolitische und kulturpolitische Aufgaben des Bundes zu erfüllen. Auf dem Gebiete der Kulturpolitik sei auf das unverantwortliche Defizit in bezug auf die Ausbildung deutscher Wissenschaftler hingewiesen, eine Tatsache, die den Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Professor Dr. Jahrreis veranlaßt hat, in einem Memorandum zu erklären, daß die deutschen Hochschulen derart unterentwickelt seien, daß sie nicht in der Lage seien, qualifiziertes wissenschaftliches Personal in die Entwicklungsländer nach Afrika und Asien zu entsenden.

Die andere Tatsache sei an dem Beispiel der Kriegsopferversorgung erläutert. Hier hat man mit einer Manipulation ohne Beispiel die Grundlage dafür geschaffen, daß die Mittel für die Neuregelung der Kriegsopferversorgung erst ab Juni 1960 zur Verfügung stehen sollen.

Die wiederholten Erklärungen des Bundesfinanzministers, er wolle neue Steuern vermeiden und sein Appell an den Deutschen Bundestag, neue Ausgaben zu verhindern, um dieses Ziel zu erreichen, würde, in die politische Praxis übersetzt, bedeuten, daß das Parlament auf eigene Initiative verzichten und am besten die Vorschläge der Regierung übernehmen sollte. Niemals aber kann es die Aufgabe des Bundestages sein, einer solchen Einladung zu entsprechen. Vielmehr ist es seine Aufgabe, alles zu tun, um neue Massenbelastungen zu vermeiden durch bessere Verteilung der Gewichte, eine stärkere Belastung der wirklich zahlungskräftigen Kreise in unserem Volk, vor allem der großen Kapitalgesellschaften zu bewirken und im Übrigen den Rechenstift strengster Sparsamkeit zu verwenden.

Es war gar keine tröstliche Ankündigung des Bundesfinanzministers, als er in seiner Statrede darauf hinwies, daß die Ausgaben für die

Verteidigungszwecke, die im neuen Haushalt wiederum um eine Milliarde DM auf 10 Milliarden DM anwachsen und in den kommenden Jahren noch weiter wachsen werden. Gewiß ist nicht zu bestreiten, daß andere Völker noch wesentlich höhere Verteidigungslasten tragen, ebenso wenig ist zu behaupten, daß als Folge des verlorenen Krieges auf der Bundesrepublik weitere Milliardenlasten ruhen, deren Aufbringung als innere Verteidigung zu werten ist, deren Anerkennung gegenüber der NATO von der Bundesregierung leider nicht durchgesetzt wurde.

Der wahnwitzige Verschleiß kaum angeschaffter Waffen und die nur kleinsten Kreisen bekannte Art der Verwendung der Rüstungsmittel geben im Blick auf ihre gesamte Bedeutung im Rahmen eines 42-Milliarden-Haushalts für das deutsche Volk zu der Feststellung Veranlassung, daß es so auf die Dauer nicht weitergehen kann. Die ungedeckten Restausgaben aus früheren Jahren betragen im Verteidigungsbereich heute 7,1 Milliarden DM. Das System der Nachdeckung, das der Bundesfinanzminister vorschlägt, ist ungenügend. Die größte Aufgabe, die sich der Bundesregierung auch im Hinblick auf den Haushalt stellt, ist das Bemühen, endlich einmal von der von dem Bundeskanzler Jahre hindurch propagierten "Politik der Stärke" abzukommen und einen Abbau der Rüstungslasten auch deutscherseits das Wort zu reden und dabei mit gutem Beispiel voranzugehen. Wird dieses Ziel nicht in absehbarer Zeit erreicht, dann werden die Völker auch ohne heißen Krieg unter den Rüstungslasten verbluten oder in eine politische Entwicklung hineingeraten, die alles bis dahin Aufgebaute gefährdet.

Die Alternative der Sozialdemokratie legt gegenüber der Konzeption der Bundesregierung und ihrer Mehrheit entscheidendes Gewicht auf ausreichende kulturpolitische, sozialpolitische und verkehrspolitische Leistungen des Bundes. Sie legt entscheidendes Gewicht auf die endliche Herstellung eines echten Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. In diesem Geiste werden sich die Auseinandersetzungen zum Bundeshaushalt 1960 vollziehen und im gleichen Geiste wird die sozialdemokratische Bundestagsfraktion auch an die Beratung des Haushaltsplanes 1961 herantreten, die, nach der Gleichsetzung des Rechnungsjahres mit dem Kalenderjahr, schon im Sommer des kommenden Jahres 1960 dem Bundestag vorgelegt werden wird.

Furcht und Misstrauen beseitigen !

sp - Ein Empfang, wie ihn bisher kein lebender Staatsmann erhalten hat, wurde dem amerikanischen Präsidenten Eisenhower auf der wohl wichtigsten Station seiner "kleinen Weltreise", in Neu-Delhi, zuteil. Ein gewaltiger Strom von Sympathie und Hoffnungen floss ihm entgegen. Über dieser Begegnung zwischen dem Repräsentanten der stärksten Weltmacht und Nehru, dem unbestrittenen Führer eines 400 Millionen-Volkes, das mit friedlichen Mitteln seine Wiedergeburt zu einer freien Nation erreichte, liegt der Atem der Weltgeschichte. Eisenhower sprach von der Verbundenheit der Vereinigten Staaten mit diesem Subkontinent, er sprach von dem tiefen Wunsch, "in Freiheit menschlicher Würde und in Frieden mit Gerechtigkeit" zu leben, der beide Staaten beseelt und das gemeinsame Motiv ihrer weltgeschichtlichen Aktivität ist. Das waren keine leeren Worte. Aus Eisenhower sprach die Stimme eines Mannes, der weiss, vor welchen Abgründen die menschliche Zukunft im Atomzeitalter steht und der auch weiss, dass es heute gilt, alle Kräfte in der Welt auf das Ziel eines gesicherten Friedens, der der Welt die lähmende Furcht und das vergiftende Misstrauen nimmt, hinzuführen.

Wie kleinmütig, wenn nicht gar kleinlich, nehmen sich die Ratschläge gewisser deutscher - und nicht nur deutscher - Presseerzeugnisse aus, seine guten Worte mögen nicht die Notwendigkeit einer Anspannung der Kräfte verschleiern, der Präsident möge sich nicht gefährlichen Missverständnissen und Selbsttäuschungen hingeben, und sie beklagen es auch, dass der Opferwille und die Bereitschaft, die Rüstungen auf dem erdenklichsten Höchststand zu halten, im Schwanden sei. Sie verschweigen dabei allerdings die Folgen, die ein ungehemmter Rüstungswettlauf für alle Völker der Erde haben würde. Etwas von oben herab blicken sie auf den amerikanischen Präsidenten, der nur versucht, den Wahnsinn des Rüstungswettlaufes zu beenden, ohne dabei unabdingbare Postulate der Freiheit, der Gerechtigkeit und der menschlichen Würde aufzugeben.

In Nehru traf Eisenhower einen Gleichgesinnten. Nicht immer war es so. Indiens zielbewusste Politik des Heraushaltens aus den Verstrickungen einer zur Ohnmacht verurteilten militärischen Blockpolitik hat noch bis vor kurzem in den Vereinigten Staaten kein Verständnis gefunden - ja, war auf unverhüllte Abneigung gestossen. Verächtlich sprach man von dem grossen indischen Staatsmann als dem "Neutralisten", der nicht wisse, wie es in der heutigen Welt des Kampfes der Ideologien und des Konfliktes von Machtinteressen aussieht.

Welch ein Wandel ist seitdem eingetreten. Eisenhowers und Nehrus Gedanken berühren sich in ihren Hauptlinien. Dieser Satz Eisenhowers könnte aus der Philosophie Gandhis stammen: "Wenn aber der Krieg vermieden wird, gewinnen beide Seiten. Es ist vorteilhafter, wenn man ab und zu vor einem internationalen Tribunal verliert und dafür die Welt gewinnt, in der Jedermann in Frieden und unter der Herrschaft des Gesetzes leben kann". In gleichem Zusammenhang fragte Eisenhower, ob es nicht möglich sei, in einem 5- oder 50-Jahrplan sich zur Beseitigung des Misstruens, der Befürchtungen und der Wiedergutmachung des Unrechts der Vergangenheit zusammenzufinden.

Das ist ein kühner Plan. Er geht von der Grundlage der Koexistenz aus, aber auch von der Einsicht, die Vereinten Nationen als allgemeine Weltorganisation zu stärken, internationale Schiedsgerichte für verbindlich zu erklären und von der Erkenntnis, dass in einer Zeit internationaler Verflechtungen und Beziehungen kein Volk mehr für sich allein seine politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme mehr lösen kann.

Von der Begegnung dieser beiden verschiedenartigen Männer werden nächste moralische Impulse ausgehen. Die Welt kann neue Hoffnung schöpfen.

Das Recht auf gesundes Leben

Von Dr. Elinor Hubert, MdB

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Neuordnung der Krankenversicherung und ihre Umwandlung in eine Gesundheitssicherung ist oft von dem "Recht auf Gesundheit" gesprochen worden, so wie man auch das "Recht auf Arbeit" fordert. Hier greifen die Gegner der Gesundheitssicherung ein und weisen darauf hin, daß es unmöglich sei, ein "Recht auf Gesundheit" zu verlangen. Die Gesundheit, auch ihre Erhaltung, könne nicht von der Allgemeinheit garantiert werden, sie hänge weithin von dem Verhalten des Einzelnen und von seiner Konstitution ab. Und Herr Klausen vom Bundesarbeitsministerium sprach das böse Wort: "In der ersten Hälfte ihres Lebens ruinieren die Menschen ihre Gesundheit, in der zweiten Hälfte verlangen sie von der Allgemeinheit, kostenlos wiederhergestellt zu werden". Sicherlich gibt es Menschen, das wissen wir alle, die z.B. durch Alkohol- oder Tabakmißbrauch ihre Gesundheit ruinieren. Doch sind das ebenso Einzlerscheinungen wie die Menschen, die ständig ihren Arbeitsplatz wechseln und schließlich überhaupt nicht mehr für eine Arbeit vermittelt werden können. Randerscheinungen, die vor allem von einem Beamten des Arbeitsministeriums nicht als Beweis herangezogen werden sollten, wenn er in seiner Argumentation über eine Reform der Krankenversicherung ernst genommen werden will. Es sind die modernen Lebens- und Arbeitsbedingungen, die die Gesundheit der überwiegenden Mehrzahl der Menschen gefährden.

Wir sollten allerdings nicht von "Recht auf Gesundheit", sondern vom "Recht auf ein gesundes Leben" sprechen. Das war in Grunde auch mit dem Anspruch auf das "Recht auf Gesundheit" gemeint, doch gab das zu Mißverständnissen Anlaß. Denn, streng genommen, gibt es natürlich kein "Recht auf Gesundheit". Es gibt keinen Schutz, den die Allgemeinheit gewähren könnte vor z.B. erblichen Krankheiten und auch nicht vor vielen anderen. Von manchen kennen wir noch nicht einmal den Ursprung, wie bei bösartiger Geschwülsten oder anderen Erkrankungen. Hier gibt es nur den Anspruch, daß die bestmöglichen Heilmethoden, die der Wissenschaft bekannt sind, in jedem Einzelfalle angewandt werden können. Jeder Mensch hat aber den Anspruch, unter gesunden Umweltbedingungen leben und arbeiten zu können.

Vorzeitig verbraucht und abgenutzt

Es ist nicht länger zu verantworten, daß der Staat tatenlos zusieht, wie Gesundheit und Arbeitskraft seiner Bürger vorzeitig abgenutzt und verbraucht werden. Die Seuchen, die früher einmal der Schrecken der Menschheit waren, sind erfolgreich bekämpft worden. Viele Krankheiten

sind heilbar geworden, an denen die Menschen früher nach kurzem Krankheitslager starben. Wir konnten unser Leben verlängern, aber die Zahl der vorzeitig Arbeitsunfähigen nimmt ständig zu. Und Arbeitsunfähigkeit bedeutet auch gleichzeitig, daß dem Menschen der Lebensinhalt und die Lebensfreude durch seinen vorzeitig verbrauchten körperlichen Zustand genommen werden.

Früher waren gesunde Arbeits- und Lebensbedingungen eine Selbstverständlichkeit. Der Bauer, der Handwerker, sank nach des Tages Mühe, bei der er die ihm von Natur geschenkte Muskelkraft in natürlichem Wechselspiel anwandte, in Schlaf, und ihn umgab die Stille der Nacht. Heute schreckt auch der Dorfbewohner nach Mitternacht durch das schrille Geräusch eines Motorrollers oder Klein-Motorrades aus dem ersten Schlaf. Düsenflugzeuge rasen mit ohrenbetäubendem Lärm über stille Walddörfer. Der Städter ist so von Geräuschen umgeben, daß sie ihm schon gar nicht mehr bewußt werden. Trotzdem zerrt der Lärm ständig an seinen Nerven.

Sieht man die Dunstglocke, die über den Städten und Dörfern der Industriegebiete liegt, oder den weißlich-grauen Schleier, der stille Seitentäler bedeckt, in deren Nähe sich ein Kalkwerk befindet, so wird einem bewußt, daß die dort lebenden Menschen nie wirklich reine Luft einatmen können. Ganz abgesehen davon, daß manche Stoffe, die sie mit der Atemluft zu sich nehmen, direkt gesundheitsschädigend sind. Und überquert man eine Straße, nachdem dort einige Minuten eine Anzahl Autos gehalten hat, atmet schon als Erwachsener den zurückgebliebenen Benzindunst, so kann man sich vorstellen, durch welche Benzindunstschicht Kinder beim Überqueren von Großstadtstraßen hindurch müssen.

Zunahme der Radioaktivität

In neuester Zeit kommt die Zunahme der Radioaktivität der Luft als Gefährdung der Gesundheit hinzu. Ein Bericht einer englischen Ärztekommision hat darauf hingewiesen, daß heute schon die an sich harmlosen Strahlen, die uns in Leuchtziffern und Leuchttafeln begegnen, infolge der Strahlenhäufung gesundheitsschädigend wirken können. Die Ausnutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken erfordert strengste Schutzmaßnahmen für die bei ihrer Erzeugung und Nutzung beschäftigten Menschen. Aber auch Schutzmaßnahmen für die gesamte Bevölkerung.

Das sind nur einige kleine Beispiele, wie die Fortschritte der Zivilisation, die Bequemlichkeit und Reichtum eines großen Teils der Menschheit erhöht haben, gleichzeitig den Einzelnen des gesunden, natürlichen Lebens berauben.

Der Einzelne vermag sich vor den ihm drohenden Gefahren nicht zu schützen. Ebenso stand er einstmals den Seuchen machtlos gegenüber. Hier kann nur durch staatliche Maßnahmen Abhilfe geschaffen werden. Es gäbe Möglichkeiten, um die Menschen vor Lärm und Luftverunreinigung ebenso zu schützen wie vor radioaktiver Bestrahlung, doch sind sie meist mit erheblichen Kosten verbunden. Diese Kosten aber müssen aufgebracht werden, wenn die Segnungen der Zivilisation und des Fortschritts sich nicht zu einem Fluch für die Menschheit auswirken sollen.

Was tut die Regierung?

Bezüglich der Gefährdung durch radioaktive Strahlen ist man sich allgemein klar, daß die Kosten für die Schutzmaßnahmen von der Allgemeinheit, d.h. dem Staat getragen werden müssen. Das Atomgesetz, das die Nutzung der Kernenergie für friedliche Zwecke zwar der privaten Hand überlassen will, sieht vor, daß die Haftung für Schäden, die beträchtlich sein kann, durch den Staat übernommen wird. Die Regierung will dafür eine Summe von 300 bis 400 Millionen DM vorsehen.

Für den Schutz der Gesundheit gegen Luftverunreinigung und Lärm liegt bisher nur eine Initiative von Abgeordneten aller Parteien, die der sogenannten Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft, d.h. einer Arbeitsgemeinschaft von Bundestags- und Landtagsabgeordneten angehören, vor. Dieser Gesetzesvorschlag wird demnächst vom Bundestag verabschiedet werden und stellt einen ersten Schritt dar, die durch die Luftverunreinigung Geschädigten, soweit die Schädigung nicht abgestellt werden kann, zu entschädigen. Leider liegt das Schwergewicht auf dem erlittenen wirtschaftlichen Schaden, doch ist es auch eine Verbesserung für den Schutz der Gesundheit. Man findet aber bei der Regierungspartei noch keinerlei Einsicht darin, daß auch die Schäden, die der Mensch ganz allgemein durch die seine Gesundheit gefährdenden Lebens- und Arbeitsbedingungen erleidet, einen Anspruch des Einzelnen an die Allgemeinheit begründen.

Umweltschäden

Die Zunahme der Erkrankungen, die auf solche Umweltschäden zurückgehen und als Abnutzungserscheinungen von Herz- und Kreislauf sichtbar werden, stellen einen immer größer werdenden Prozentsatz der Kranken in der sozialen Krankenversicherung dar. Es ist auf die Dauer unmöglich, Heilung und Vorsorge dieser Umweltschäden der Krankenversicherung allein zu überlassen. Krankheitsheilung ist heute sehr kostspielig geworden, und für die Vorsorge gegenüber Umweltschäden müssen in der Zukunft sehr erhebliche Mittel aufgebracht werden. Die gesetzgebenden Körperschaften sollten auch die entsprechenden gesetzlichen Maßnahmen treffen, die die soziale Krankenversicherung instandsetzen, die Aufgaben zu erfüllen, die ihr heute erwachsen.

Mit dem Prinzip der Versicherung allein kann man nicht mehr auskommen. Das "Recht auf ein gesundes Leben" ist eine wesentliche Grundforderung, die jeder Einzelne an die Allgemeinheit stellen muß.

Rosinenkrieg an der Zonengrenze ?

sp - Seit einigen Tagen liest man in der westdeutschen Presse Meldungen, wonach die sowjetzonale Volkspolizei an verschiedenen Zonen-Grenzübergängen Reisender Schwierigkeiten macht, die mehr als für einen Tag Proviant mitgenommen haben. Andere Meldungen besagen, daß diese Willkürmaßnahmen der Zonenbehörden verhältnismäßig schnell abgestoppt worden seien, woraus geschlossen werden kann, daß es sich ursprünglich um Einzelaktionen besonders eifriger Vopos gehandelt haben könnte.

Daß in der Zone keine feinen Leute am Werk sind und daß das Regime von Pankow auch willkürliche Schikanen an Reisenden exerziert, ist hinlänglich bekannt. Die Beamten Ulbrichts sind des Lobes sicher, wenn sie - auch auf eigene Faust - Aktionen durchführen, die menschliche Kontakte zwischen beiden Teilen Deutschlands erschweren.

Aber die Medaille hat noch eine andere Seite. So wissen wir zum Beispiel, daß für solche Vorgänge zuständige Beamte des Lemmer-Ministeriums keine konkreten Auskünfte darüber geben konnten, was sich nun wirklich an der Zonengrenze abgespielt hat oder noch abspielt. Dieselben bundesrepublikanischen Stellen sind nicht in der Lage, zu sagen, welchen wirklichen Tatbeständen die oben erwähnten Meldungen zugrunde liegen. Sie können auch nicht darüber Auskunft geben, welche Schritte vom zuständigen Ministerium unternommen wurden, um den Rosinenkrieg an der Zonengrenze so schnell wie möglich zu beenden.

Das ist eine sehr merkwürdige Sache. Das Lemmer-Ministerium hat genügend Beamte und auch die technischen Möglichkeiten, um an Ort und Stelle wirksam zu werden, damit eindeutig geklärt werden kann, ob nur übereifrige Zonenbeamte am Werke sind, oder ob die Schikanen der Vopo zentral gesteuert werden. Mindestens die westdeutsche Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, zu erfahren, was wirklich an der Zonengrenze los ist.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel